

GR Dr. Claudia UNGER

17.11.2022

A N T R A G **zur** **Dringlichen Behandlung**

Betreff: Engpässe im Bildungs- und Gesundheitsbereich - Handlungsbedarf gegeben

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Graz ist in den letzten Jahren stark gewachsen und hat aktuell rund 291.000 Einwohner:innen. Zeitgleich gab es 2022 mehr als 100.000 Asylanträge in Österreich, was die Zahl von 2015 übersteigt. Das bedeutet zunehmende bzw. neue Herausforderungen für Gesellschaft, Verwaltung und Politik. Zwischen Bedarf an Arbeitskräften in vielen Branchen oder Mangelberufen und den dringenden Themen von Bildungsplätzen über Verkehrsinfrastruktur bis hin zur Sozialhilfe ist strukturiertes Vorgehen auf allen Ebenen gefordert:

Vermutlich wird die Mehrzahl der Asylwerber:innen weiterreisen, was die Notwendigkeit einer europäischen Vorgehensweise für eine kontrollierte und gerechte Aufteilung der Hilfesuchenden nur unterstreicht, damit das skrupellose Geschäft der Schlepper beendet wird.

Asylberechtigten Personen soll schnell und gut geholfen werden, zugleich muss das System die Aufgaben und Belastungen auch langfristig leisten können, auch die sogenannte Aufnahmegesellschaft muss mit ihren Erwartungen und Ängsten ernst genommen werden. Schließlich geht es immer auch um den sozialen Frieden.

In Graz müssen wir auf jene deutlichen Zeichen reagieren, die eine Überforderung des momentanen Systems in manchen Bereichen bedeuten:

Im Schuljahr 2021/22 mussten mehr als 600 Kinder zusätzlich in den städtischen Volks- und Mittelschulen versorgt werden. Dieser Zustrom hält auch nach Schulbeginn an. Derzeit gibt es in Graz kaum noch freie Mittelschulplätze. Im Volksschulbereich ist es insbesondere im Grazer Westen eine große Herausforderung.

Aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung, Schulraum zur Verfügung zu stellen, kann es im kommenden Schuljahr notwendig sein, Container aufzustellen, um alle Kinder zu versorgen. Es muss also Schulraum geschaffen werden. Das kostet Geld und braucht Entscheidungen der Stadtregierung.

Sowohl in der Schule als auch im Gesundheitsbereich haben Direktor:innen, Ärzt:innen, Pädagog:innen und Pflegepersonal neben dem Platzproblem auch viele pädagogische, sprachliche und emotionale Probleme zu bewältigen, was oft eine Überforderung und Zumutung ist.

Vor allem in Krankenhäusern bringen fehlende Deutschkenntnisse und fehlende Dolmetscher:innen, kulturelle Unterschiede und oft falsche Erwartungshaltungen der Patient:innen die Mitarbeiter:innen an die Belastungsgrenzen.

Das Gesundheitswesen ist aktuell aus vielerlei Gründen am Anschlag, umso wichtiger ist es, zur Lösung der genannten Probleme beizutragen – zum Wohle aller und im Rahmen der Zuständigkeit in der Stadt.

Viele Vereine und Projekte, wie u.a. Gegenlicht, tragen wesentlich bei zur Eruiierung von Vorkenntnissen bzw. Bewusstseinsbildung in Sachen Integration und Abwehr von desintegrativen Milieus. Wenn es hier zu Kürzungen kommt, fallen wichtige Bausteine einer Integrationspolitik, auf die die Stadt zu Recht stolz sein kann, weg und verschärfen sich Abgrenzungsmechanismen auf allen Seiten.

All das kostet Geld. Graz übernimmt in der Steiermark einen großen Teil der Belastungen. Deshalb müssen die verantwortlichen Stadtregierungsmitglieder auch im Sinne der Menschen in Graz andere Gebietskörperschaften für eine bessere Verteilung von anspruchsberechtigten Personen gewinnen.

Nicht zuletzt durch die Maßnahmen der Regierungskoalition ist Graz allerdings eher ein Anziehungspunkt. Der Vergleich der Bezirke Graz und Graz Umgebung veranschaulicht, dass bei einem Verhältnis von Einwohner:innen von ca. 2:1 die Bezieher:innen von Sozialunterstützung im Faktor 16:1 (8294:508, Juni 2022) zueinander stehen. Hinzu kommt, dass inzwischen mehr als 50 % der Bezieher:innen keine österreichischen Staatsbürger*innen sind.

Aktuell reicht für die Sozialcard der Hauptwohnsitz in Graz von 6 statt wie zuvor 12 Monaten, Sprach- und Wertekurse für Drittstaatsangehörige sind nicht mehr nötig. Damit sind rund 13.000 Personen in Graz anspruchsberechtigt, davon ca. 33% Drittstaatsangehörige.

Statt die Zugänglichkeit in diese Maßnahme noch zu verstärken, könnte Graz bei der Rot-Weiss-Rot-Card ansetzen, die die Bundesregierung gerade maßgeblich verbessert hat, und damit Menschen langfristig unterstützen.

Zugleich muss die Stadt Maßnahmen ergreifen, um in der krisenbestimmten Situation, die derzeit viele hart trifft, generell den Mittelstand zu unterstützen, der aktuell keine Unterstützung aus den genannten Töpfen erhält. Gerade hier besteht großer Handlungsbedarf!

Aus diesem Grund stelle ich folgenden

Dringlichen Antrag:

Die zuständigen Regierungsmitglieder mögen angesichts der unaufschiebbaren Herausforderungen folgende Handlungen setzen:

1. Bürgermeisterin Elke Kahr soll eine Petition an das Land Steiermark vorbereiten und einbringen, die eine Residenzpflicht auf Bezirksebene fordert.
2. Integrationsstadtrat Mag. Robert Krotzer soll dem Gemeinderat jährlich einen Bericht über seine Bemühungen gegen desintegrative Milieus vorlegen.
3. Die zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr soll die Novelle der Wohnungsrichtlinien dahingehend prüfen, ob der dauerhafte Aufenthalt nicht wieder auf fünf Jahre angehoben werden sowie in den Richtlinien der Sozialcard wieder ein Wohnsitzaufenthalt von 12 Monaten und die Absolvierung eines Sprachkurses verankert werden solle.